

Die Demokratie Verteidigen – Rechtspopulisten und Rechtsextremen entgegentreten

Kaum ein Lebens- und Arbeitsbereich bleibt von Corona verschont. Zugleich beschleunigt die aktuelle Krise den bereits laufenden Strukturwandel. Verunsicherung und Zukunftsängste greifen auch in unseren Betrieben um sich. Diese Entwicklung wird von Rechtspopulisten, völkischen Nationalisten, und Rechtsextremisten aufgegriffen. Mit ihren Parolen wollen sie die Gesellschaft weiter spalten und die demokratischen Grundfesten untergraben. Aus einer Spaltung zwischen Oben und Unten versuchen sie eine zwischen Innen und Außen zu machen. Damit bedrohen sie den gesellschaftlichen und betrieblichen Zusammenhalt, negieren den Wandel von Wirtschaft und Gesellschaft und versprechen vermeintlich einfache Lösungen.

Der Kampf gegen Rechtsextremismus und Rassismus und für Gleichstellung und Teilhabe ist eine Daueraufgabe – die, koordiniert und nachhaltig gedacht und umgesetzt werden muss. Spätestens die NSU-Morde sowie die Anschläge in Kassel, Halle und Hanau haben verdeutlicht, dass wir ein strukturelles Problem in Deutschland haben. Der von der Bundesregierung einberufene Kabinettsausschuss hat einen Katalog mit insgesamt 89 Einzelmaßnahmen zur Bekämpfung von Rechtsextremismus und Rassismus vorgestellt. Damit die vorgestellten Maßnahmen und unsere Forderungen umgesetzt werden, wird die IG Metall auch im Wahljahr mit Nachdruck sicht- und hörbar jeder Form von rechtem Denken, Antisemitismus und Rassismus entgegentreten, gegen Hass und Hetze – im Betrieb, auf der Straße, in der Gesellschaft.

Unser Engagement bedarf gezielter Unterstützung durch die Politik – durch die Förderung zivilgesellschaftlicher Initiativen, mit gesetzlichen Rahmenbedingungen für Arbeitswelt und Berufsausbildung, durch eine Stärkung der politischen Bildung. Wir fordern daher unter anderem die rasche Umsetzung folgender Maßnahmen:

Politische Teilhabe

- **Kommunales Wahlrecht** für alle dauerhaft und rechtmäßig in der Bundesrepublik Deutschland lebenden Einwohner*innen
- Das **Gesetz zur Mehrstaatigkeit** muss umfassend reformiert werden, damit die rechtliche Praxis die Lebenswirklichkeit nicht mehr länger ignoriert. Politische Partizipation ist ein Menschenrecht, das Einwanderer*innen nicht dauerhaft vorenthalten werden darf.

Demokratieförderung

- Das im November 2020 verabschiedete „**Wehrhafte-Demokratie-Fördergesetz**“ muss schnellstmöglich umgesetzt werden. Es braucht eine dauerhafte, sichere und auskömmliche Finanzierung von Trägern, die sich für unsere Demokratie einsetzen.
- Das Bundesprogramm „**Demokratie leben**“ muss für die Erwachsenenbildung weiter geöffnet werden.

- Die von Rassismus und Rechtsextremismus betroffenen Gruppen müssen in den Beratungs- und Umsetzungsprozess einbezogen werden und als ein aktiver Teil des Engagements gegen Rechts verstanden werden.

Gleichstellung auf dem Arbeitsmarkt

- Die Möglichkeiten im BetrVG - **Gleichstellungsberichte und -ausschüsse** - und im AGG - **betriebliche Beschwerdestelle** - müssen als Instrumente weiterentwickelt werden.
- Eine unterstützende Infrastruktur muss geschaffen werden, um gegen **Rechte im Betrieb** vorzugehen
- Ausbau & Stabilisierung der vor **Arbeitsausbeutung schützenden Beratungsstrukturen** für Neuzuwanderer*innen (DGB-Projekte „Faire Mobilität“ & „Support Faire Integration“)
- **Unabhängige wissenschaftliche Studien** zu
 - Diskriminierung am Arbeitsmarkt
 - Wie viele Menschen mit Einwanderungsbiografien unter ihrer eigentlichen Qualifikation arbeiten/angestellt sind
 - Ausmaß von Ausbeutungsverhältnissen am Arbeitsmarkt von Menschen mit Einwanderungsbiografie

Bekämpfung von Rassismus

- Der **Begriff „Rasse“** muss aus dem Grundgesetz und anderen Gesetztestexten adäquat ersetzt werden.
- Die **rassistischen und antisemitischen Anschläge** – ob Hanau, Kassel, Halle oder NSU -, müssen restlos aufgeklärt werden. Und es müssen **politische und institutionelle Konsequenzen**, z.B. in den Sicherheitsbehörden, daraus folgen
- **Demokratieerziehung und politische Bildung** soll in Ausbildungsstätten/Bildungseinrichtungen von staatlichen Institutionen gefördert/gestärkt werden, dazu gehört der Umgang mit Pluralismus.

Schutz vor Diskriminierung

- **Flächendeckende Antidiskriminierungsberatungsstellen**
- Die **Novellierung des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes**
 - Einführung eines **Prozessstandschaft**, die es Betroffenen von Diskriminierung ermöglicht ihr Klagerecht an Verbände (hiermit auch Gewerkschaften) abzutreten.
 - Möglichkeit eines **Verbandsklagerecht** für Fälle, in denen Sachverhalte von öffentlichem Interesse auch ohne direkt betroffene Personen gerichtlich geklärt werden können.
 - Stärkung der Ausgestaltung der **innerbetrieblichen Beschwerdestelle**.
 - Verlängerung der **Frist zur Geltendmachung auf 12 Monate**.

Stärkung der Politischen Bildung

- Bund und Länder werden aufgefordert, mit Sozialpartnern und dem Bundesinstitut für Berufsbildung **gemeinsame Curricula** zu Diskriminierung, Aufarbeitung des Holocaust, Rassismus und Demokratieförderung zu entwickeln.
- Bundeseinheitliche hohe Standards für Bildungsfreistellung.